

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport der Stadt Monheim am Rhein vom 17.02.2016

**Sitzungsraum:** Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 22:25 Uhr

**Anwesend:**

**Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

**Beigeordneter**

Herr Roland Liebermann

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Brinja Bures

Vertretung für Herr Dr. Florian Klein

Herr Ingo Elsner

Vertretung für Herr Matthias Zimmer

Herr Florian Große-Allermann

Frau Julia Häusler

Frau Janne Koch

Frau Lisa Pientak

Herr Lucas Risse

Vertretung für Herr Michael Lück

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Tim Brühland

Vertretung für Herr Bruno Kosmala

Frau Gabriele Hackel

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alexander Schumacher

Vertretung für Frau Tanja Hassert

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Dr. Jörg Schwenzfeier-Brohm

**berat. Mitglieder - sachkundige Einwohner/innen**

Herr Karl-Heinz Göbel

**berat. Mitglieder - Vertretung der Kath. Kirche**

Herr Kurt Peters

**berat. Mitglieder - Vertretung der Ev. Kirche**

Frau Indra Gilde

**berat. Mitglieder - Vertretung der Lehrerschaft**

Herr Dr. Hagen Bastian

Frau Petra Pesch  
Herr Ralf Sänger  
Herr Christoph Schröder

**von der Verwaltung**

Herr Andre Betz  
Frau Simone Feldmann  
Herr Friedhelm Haussels  
Herr Peter Heimann  
Herr Michael Lobe  
Herr Andr Zierul

**stellv. Schriftführerin**

Frau Petra Henn

Vertretung für Frau Petra Stock

**Entschuldigt fehlten:****Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Dr. Florian Klein  
Herr Michael Lück  
Herr Matthias Zimmer

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Bruno Kosmala

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Tanja Hassert

**berat. Mitglieder - Vertretung der Lehrerschaft**

Frau Gisela Gellissen  
Herr Martin Paeslack

**von der Verwaltung**

Frau Andrea Ervens  
Frau Monika Niehaus

**Schriftführerin**

Frau Petra Stock

Die Sitzung fand gemeinsam mit der Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt. Es wird bezüglich der Anwesenheit der Mitglieder aus diesem auf die Niederschrift dieses Ausschusses verwiesen.

**Tagesordnung:**

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Vorlage Nr.</b>
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	

3	Mitteilung über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung	IX/0625
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	Bericht des Jugendparlamentes	IX/0638
6	Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2016/2017 und Ausbauplanung	IX/0666
7	Trägerschaft Kita an der Kurt-Schumacher-Straße	IX/0658
8	Jahresbericht Hilfe zur Erziehung und Rückführungsmanagement	IX/0636
9	Medienentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Monheim am Rhein 2011 - 2016	IX/0647
10	Wettbewerbsteilnahme Inklusive Schulen planen und bauen	IX/0633
11	Schulzentrum Berliner Ring - Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung - Planungsbeschluss -	IX/0646
12	Peter-Ustinov-Gesamtschule; hier: Außensportanlage. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zum Bau erforderlicher PKW-Stellplätze	IX/0648
13	Mündliche Mitteilungen	
14	Mündliche Anfragen	

### **Sitzungsergebnis:**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

#### **Protokoll:**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**

#### **Protokoll:**

Die Kenntnisnahme wird auf die nächste Sitzung verlegt.

### **3 Mitteilung über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung Vorlage: IX/0625**

#### **Protokoll:**

Herr Schumacher fragt nach, wie der Sachstand zur Vertretungsregelung in der Tagespflege sei.

Frau Feldmann antwortet, dass noch keine geeigneten Tagespflegepersonen gefunden worden seien.

#### **Zur Kenntnis genommen**

### **4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

#### **Protokoll:**

Die Vorsitzende eröffnet die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

Eine Delegation von Eltern aus der AWO Kindertagesstätte Grünauerstr. ist anwesend. Eine Bürgerin äußert ihren Unmut darüber, dass seit neun Monaten aufgrund des Wasserschadens kein geordneter Betrieb mehr erfolge und der Zustand nach so einer langen Wartezeit nicht mehr vertretbar sei. Sie möchte wissen, wann konkrete Maßnahmen zur Behebung des Schadens beginnen würden.

Die Verwaltung, Herr Liebermann und Herr Lobe erklären, dass ein konkreter Zeitpunkt nicht genannt werden könne, da noch unklar sei, welcher Anspruch des Trägers gegen die Versicherung bestünde. Es müssen noch weitere Begehungen stattfinden, um das Sachverständigengutachten fertig stellen zu können. Die Stadt hätte der AWO juristischen Beistand zur Beschleunigung gegen die Versicherung zur Verfügung gestellt. Erst wenn die Freigabe der Versicherung erfolge, könne mit der Sanierung begonnen werden.

Herr Bürgermeister Zimmermann ergänzt, dass in der gemeinsamen Veranstaltung mit der AWO und den Eltern vom 20.10.15 alle Zusagen für eine Übergangslösung eingehalten worden seien und diese bisher auch gelungen seien. Er hoffe, dass der Sanierungsplan bis zu den Osterferien abgeschlossen sei und die Sanierung dann bis zu den Herbstferien durchführen zu können. Wenn der Zeitplan bekannt sei, würden die Eltern erneut zu einer Info-Veranstaltung eingeladen.

**5 Bericht des Jugendparlamentes**  
**Vorlage: IX/0638**

**Protokoll:**

Die Präsentation des Jugendparlamentes wird zur Kenntnis genommen. Die Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.

**Zur Kenntnis genommen**

**6 Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2016/2017 und Ausbauplanung**  
**Vorlage: IX/0666**

**Protokoll:**

Herr Zimmermann und Frau Feldmann führen anhand einer Präsentation in die Vorlage ein. (siehe Anlage 3)

Herr Zimmermann ergänzt, dass für die nächste Sitzung Grundstücke in beiden Stadtteilen für die Standorte vorgeschlagen werden.

Herr Rischard fragt nach, welche Einrichtung auf der Thomasstr. in Baumberg geplant sei, dort würde mit zukünftiger Kinderbetreuung geworben.

Frau Feldmann erklärt, dass dort eine private Einrichtung geplant sei, die nicht in der Kindergartenbedarfsplanung erfasst werde. Die Finanzierung erfolge über hohe Elternbeiträge auf Grund privater Verträge der Eltern mit der Einrichtung. Es solle vor allem eine sehr flexible Betreuung angeboten werden. Ein Zuschuss für die Elternbeiträge sei rechtlich nicht möglich.

Herr Schumacher fragt an, warum die Stadt für den Wasserschaden in der Kindertageseinrichtung Grünauer Str. nicht für die Sanierung in Vorleistung gehen könne und die Bearbeitung so lange dauern würde. Außerdem sei zu bedenken, dass das Gutachten auch evtl. Schäden in Nachbargebäuden berücksichtigen solle.

Weiterhin merkt er an, dass Irritationen über die Bedarfsplanung des letzten Jahres im Vergleich zur jetzigen Planung bestehen, da der Geburtenzuwachs und die Zuzüge bereits letztes Jahr bekannt gewesen sein müssten und die Entwicklung hätte abgesehen werden können. Es bestehen Zweifel über das korrekte Zahlenmaterial.

Auch sei unklar, wieso weniger U 3 Betreuung als in der Vergangenheit berichtet vorhanden sei und ob der Zuwachs auch in der Schulentwicklungsplanung abgebildet werden würde.

Herr Zimmermann erläutert, dass eine Vorleistung sicherlich gemacht werden würde, eine Sanierung jedoch nicht vor Abschluss des Beweissicherungsverfahrens

eingeleitet werden könne. Durch den unabhängigen Gutachter müsse gerichtlich verwertbar dokumentiert werden, woher der Schaden genau käme. Das gesamte Schadensausmaß sei bekannt und müsse gutachterlich nicht gesondert festgestellt werden, sondern nur die Ursache. Die Stadt habe direkt das Beweissicherungsverfahren eingeleitet, als die Versicherung bekundet hätte, nicht zahlen zu wollen.

Herr Zimmermann räumt ein, dass die Bedarfsplanung des letzten Jahres schon nach wenigen Monaten nicht mehr stimmte, da u.a. sehr viele Anmeldungen erfolgt seien und erinnert an die Ratssitzung vor den Sommerferien, in der aufgrund der damals aktuellen Entwicklung Übergangsgruppen als Notlösung geschaffen worden seien. Aufgrund der Planung des letzten Jahres seien auch, wie bereits bekannt, personelle Konsequenzen gezogen worden.

Die Betreuungsquoten vom Vorjahr für unter 3 jährige Kinder seien mit diesem Jahr nicht zu vergleichen, da die Planzahlen in der Rückschau durch Ist-Zahlen ersetzt worden seien. Die Geburten und Zuzüge seien jahresscharf in den Tabellen enthalten und es werden nochmals fünf Gruppen bis zur ersten Fertigstellung eines Neubaus in 2018 geschaffen.

Die Kindergartenbedarfsplanung sei mit Dr. Garbe i.R. der Schulentwicklungsplanung nochmals abgeglichen worden und die Prognose des sogen. Wachstumsszenario sei eingetreten. Dieser Abgleich sei jährlich beabsichtigt.

Herr Brühland stellt für die CDU-Fraktion den in der Anlage 2 beigefügten Antrag zur Sache und begründet, dass ein externes Gutachten zu den aufgeworfenen Fragen eingeholt werden solle, da die Planungszahlen der Vorjahre eklatant unterschiedlich seien und die sachgerechte Ermittlung in Frage gestellt würde. Die Zahlen seien bereits für 2014 absehbar gewesen und es ist nicht nachvollziehbar, weshalb in der mittelfristigen Finanzplanung bzw. in den Haushaltsberatungen nicht darauf hingewiesen worden sei. Auch sei ein Nachtragshaushalt eigentlich die Ausnahme und nicht wie hier, die Regel.

Herr Zimmermann sieht den Antrag als Misstrauensvotum gegen die Verwaltung und weist die Kritik zurück. Er räumt erneut ein, dass letztes Jahr die Zahlen fehlerhaft ermittelt worden seien und dass die Planung dieses Jahr sehr genau erfolgt sei. Die sehr dynamische Entwicklung in den letzten Jahren hat auch andere Städte getroffen und eine hohe Anzahl an fehlenden Plätzen erzeugt. Dies läge insbesondere an dem gestiegenen U 3 Bedarf, der auch nicht von der Tagespflege aufgefangen werden könne. Die Nachträge mögen ein Monheimer Phänomen sein, um keine unnötige Zeit im Sinne der Kinder verstreichen zu lassen und auf die nächste Haushaltsberatung zu warten; es werde bewusst ein hohes Tempo angestrebt.

Frau Pientak ergänzt, dass sie bestätigen könne, dass die Zahlen erst kurz vor dem Versand der Tagesordnung ermittelt worden seien und vorgelegen hätten und nicht bereits bei den Haushaltsberatungen absehbar gewesen wären. Sie stellt auch die Sinnhaftigkeit und Durchführbarkeit eines Gutachtens in Frage, da inzwischen die Anmeldezahlen durch die Einführung von KIVAN bereinigt worden seien, eine neue kompetente Abteilungsleitung bei der Planung beteiligt worden sei und auch der Ausschuss für das Thema nun anders sensibilisiert sei. Bei der Frage, ob Kinder in Monheim gemeldet sind aber nicht hier leben, könne die Verwaltung auch nur auf die Meldedaten zurückgreifen oder die Kindergärten nach Unregelmäßigkeiten abfragen.

Herr Schumacher regt an, bei Inbetriebnahme der neuen kath. Einrichtung Kirchgässchen und der Übernahme des alten Gebäudes Krummstr. für die Übergangsgruppen auf den baulichen Zustand zu achten.

Frau Dr. Busemann fragt nach, ob die bisherige Reduzierung der Gruppenstärke aufgrund der Integrationskinder in der Planung berücksichtigt sei. Frau Feldmann bejaht dies.

Der Antrag der CDU zur Sache wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

## Beschlussempfehlung

### 1. Kita-Bedarfsplanung 2016/2017

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter	Formen	Plätze	Gruppen
2 – 6 Jahre	Ia (25 Std.)	4	0,20
	Ib (35 Std.)	172	8,60
	Ic (45 Std.)	356	17,80
0 – 3 Jahre	IIa (25 Std.)	6	0,60
	IIb (35 Std.)	32	3,20
	IIc (45 Std.)	117	11,70
3 Jahre bis zur Einschulung	IIIa (25 Std.)	41	1,64
	IIIb (35 Std.)	257	10,28
	IIIc (45 Std.)	491	24,55

### 2. Übergangsgruppen

In der Evangelischen Integrativen Kindertagesstätte Lerchenweg und der städtischen Kindertagesstätte Schwalbennest werden zusätzliche Übergangsgruppen eingerichtet. Die Übergangsgruppe in der städtischen Kindertagesstätte Max & Moritz wird im Kita-Jahr 2016/2017 zunächst weitergeführt.

Der zusätzliche Personalbedarf von 2,5 Stellen für die KiTa Schwalbennest wird zur Verfügung gestellt. Die Stellen werden nach Entgeltgruppe S 8a TVöD (bisher S 6) ausgewiesen und der Stellenplan 2016 wird entsprechend angepasst.

Der Trägeranteil für die Übergangsgruppe der evangelischen Kirchengemeinde wird durch die Stadt Monheim am Rhein übernommen.

### 3. Vorlaufgruppen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien

Für Kinder aus Flüchtlingsfamilien werden im Rahmen des LVR-Förderprogrammes „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ zwei zusätzliche Vorlaufgruppen eingerichtet und durch den SKFM Monheim umgesetzt.

### 4. Übernahme Trägeranteile

Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt nach Eröffnung der neuen Kindertagesstätte im Kirchgässchen ein Fünftel des Trägeranteils für die katholische Kindertagesstätte St. Dionysius zur Finanzierung einer neunten Gruppe.

### 5. Ausbauplanung

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis der ermittelten Bedarfe für 4 zusätzliche Einrichtungen mit insgesamt 17 Gruppen in den Ortsteilen Monheim und

Baumberg geeignete Standorte zu suchen und diese mit einer Vorentwurfsplanung den Ratsgremien im nächsten Sitzungslauf zur Beschlussfassung vorzulegen.

**6. Frühe Förderung im Berliner Viertel**

Im Rahmen der Konzeption „Entwicklungs- und Bildungsförderung von Kindern im Berliner Viertel Monheim am Rhein/Frühe Förderung“ wird die neue Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße mit einer zusätzlichen Fachkraft ausgestattet.

**7. Zusätzliche Sprachförderkontingente in den folgenden Kita-Jahren bis 2018/19**

Die Verwaltung wird beauftragt, die bereits anerkannten 10 Sprachbildungseinrichtungen mit insgesamt 16 Kontingenten in den folgenden Kita-Jahren bis einschließlich Kita-Jahr 2018/19 zu fördern.

**mehrheitlich zugestimmt**

**7 Trägerschaft Kita an der Kurt-Schumacher-Straße  
Vorlage: IX/0658**

**Protokoll:**

Herr Rischard und Frau Gilde verlassen aufgrund Befangenheit den Sitzungsraum.

Herr Schumacher fragt nach, warum die Stadt nicht die Trägerschaft übernehme und ob eine Ausschreibung vor der Trägersauswahl stattgefunden habe.

Frau Feldmann erklärt, dass der Gesetzgeber von der Förderung in integrativen Gruppen abgerückt sei und nun die vollumfängliche Inklusion durch Förderung am Kind vorsehe. Es werde nun getrennt zwischen pädagogischen und medizinischen Bedarf; dieser könne nur noch auf Rezept verordnet werden. Die evang. Kirchengemeinde war in ihren Einrichtungen integrativ ausgebaut und habe aufgrund der Gesetzesänderung einen personellen Überhang an Fachpersonal, der sogar aus den Übergangsgruppen Lerchenweg und Grunewaldstr. in die neuen Kindertagesstätten übergehen könne. Diese Fachkräfte seien ein großer Gewinn.

Herr Zimmermann ergänzt, dass keine Ausschreibung aus den oben genannten Gründen stattgefunden habe und dass keine weiteren Träger in die Monheimer Trägervielfalt hereingeholt werden sollen. Die örtlichen Träger seien abgefragt worden und die evang. Kirchengemeinde habe großes Interesse bekundet. Außerdem könne so dem Problem, der zukünftig fehlenden Finanzierung des integrativen Personals der evang. Kirchengemeinde, abgeholfen werden. Das Personal sei nicht zugelassen für eine Abrechnung über die Krankenkasse und hätte ansonsten gekündigt werden müssen.

**Beschlussempfehlung**

1. Der evangelischen Kirchengemeinde Monheim wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den



Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.

2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil der ev. Kirchengemeinde (derzeit in Höhe von 12%) bezogen auf die vorgesehenen 5 Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Trägerschaft.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb der Einrichtung sowie Nutzung des städtischen Gebäudes (einschließlich Inventar) notwendigen Verträge mit der evangelischen Kirchengemeinde Monheim abzuschließen.

**einstimmig zugestimmt**

**8 Jahresbericht Hilfe zur Erziehung und Rückführungsmanagement  
Vorlage: IX/0636**

**Protokoll:**

Herr Haussels und Frau Wenzel, Allgemeiner Sozialer Dienst, führen in die Vorlage ein und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Rischarde weist darauf hin, dass aus seiner OGATA-Praxiserfahrung heraus Bedarf an Tagesgruppenbetreuungen für auffällige Kinder gesehen werde und nicht genug Plätze da seien und fragt nach, ob ein bedarfsgerechter Ausbau geplant sei.

Herr Haussels antwortet, dass eine Tagesgruppenleistung an einen Antrag auf Hilfe zur Erziehung gebunden sei und ihm bisher keine Fälle bekannt seien, bei denen wegen Platzmangel eine Ablehnung erfolgt sei. Die städtische Tagesgruppe könne nur den Bedarf bis zur 4. Klasse abdecken, es könnten aber auch externe Träger belegt werden. Ein Ausbau der städtischen Tagesgruppe sei nicht geplant. Bei Bedarf oder Schwierigkeiten könnten sich Herr Rischarde oder platzsuchende Eltern an ihn wenden.

Der Ausschuss nimmt den Jahresbericht Hilfe zur Erziehung und Rückführungsmanagement zur Kenntnis.

**Zur Kenntnis genommen**

**9 Medienentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Monheim am Rhein 2011 -  
2016  
Vorlage: IX/0647**

**Protokoll:**

Herr Dr. Bastian und Herr Große-Allermann loben ausdrücklich die Möglichkeiten des Medienentwicklungsplanes.

Herr Schumacher fragt nach, wie mit der Thematik umgegangen werde, wenn Kinder aus der Grundschule mit Tablet-Nutzung an weiterführende Schulen ohne diese Möglichkeit wechseln würden.

Herr Sr. Bastian erläutert, dass es sich hier nur um ein zusätzliches Unterrichtsmedium handle, welches nicht durchgehend, sondern höchstens für 1-2 Stunden, zur Verfügung stehe. Es sei auch nur ein Pilotprojekt mit zurzeit zwei Schulklassen.

Herr Zimmermann führt aus, dass der MEP keine Vorgabe sei, die Tablets zu benutzen, sondern ein offenes Angebot des Schulträgers an die Schulen. Mit dem MEP werden die Ressourcen zur Verfügung gestellt.

**Beschlussempfehlung**

Die Verwaltung wird ermächtigt, die für die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes notwendige IT-Ausstattung im Jahr 2016 zu beschaffen. Die Anlage 1 ist Bestandteil der Beschlussvorlage.

**einstimmig zugestimmt**

**10 Wettbewerbsteilnahme Inklusive Schulen planen und bauen  
Vorlage: IX/0633****Protokoll:**

Herr Heimann, und Herr Betz (Bereich Schulen und Sport) führen in die Vorlage ein und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Rischard lobt das Projekt an sich, gibt aber zu bedenken, dass die Aussage in der Vorlage „Der bestehende Baukörper zwischen Lottenschule und Astrid-Lindgren-Schule mit den jetzigen Funktionen Mensa und Klassenräume soll in einen möglichen Neubau sinnvoll eingebettet werden“ keine Akzeptanz bei den Beteiligten aus den Schulen finde. Eine nicht vorgegebene Planung des Baukörpers wäre hier besser gewesen.

Herr Zimmermann verweist auf die zu dem Thema im Vorfeld bereits geführten Diskussionen und wirbt dafür, den Prozess mit der Stiftung zu unterstützen und von den Planern aufzeigen zu lassen, wie eine Integration des Baus gelingen könne.

**Beschlussempfehlung**

Der Rat begrüßt die Teilnahme der Stadt Monheim am Rhein am Wettbewerb „Pilotprojekte Inklusive Schulen planen und bauen“ der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft mit den geplanten Baumaßnahmen an der Astrid-Lindgren-Schule und der Lottenschule. Für den Fall, dass der Wettbewerbsbeitrag zu den Preisträgern gehört, wird der Ausloberin des Wettbewerbs zugesichert, dass die weitere Planung und Realisierung der Maßnahme auf Grundlage der in der Phase Null erarbeiteten Ergebnisse erfolgen wird.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Schulzentrum Berliner Ring - Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung - Planungsbeschluss - Vorlage: IX/0646**

**Protokoll:**

Herr Zimmermann führt aus, dass der Beschlussvorschlag erweitert werden solle, da aufgrund der Erkenntnisse aus der Kindergartenbedarfsplanung auch die Schulentwicklungsplanung angepasst werden müsse. Die Schulen befänden sich im sogen. Wachstumsszenario, rechnerisch müsse die Sekundarschule auf 4,5 und die Gesamtschule auf 6,5 Züge erweitert werden. Mit den Schulen solle vor dem nächsten Baubeschluss erarbeitet werden, wie diese erweiterte Zügigkeit organisiert werden könne.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt zu prüfen, inwieweit am Schulstandort Berliner Ring der zu planende Neubaukörper vergrößert werden kann um über die geplante Vierzügigkeit der Sekundarschule hinaus Raumressourcen für einen weiteren Zug oder einzelne Übergangsklassen zu schaffen und darzustellen, welche Kosten und Terminauswirkungen entstehen.

Herr Dr. Schwenzfeier-Brohm, Fraktion Bündnis 90/ die Grünen und Herr Schumacher, SPD-Fraktion, beantragen zur Sache, dass zum Schutz der Freiflächen vor Versiegelung eine Tiefgarage unter dem neuen Baukörper angelegt wird.

Der Antrag wurde nach Diskussion **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Brühland teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sich aufgrund internen Klärungsbedarfs wegen der Finanzierung eine Enthaltung erfolgen werde.

**Beschlussempfehlung**

1. Am Standort des Schulzentrums Berliner Ring soll ein Neubau zur Sicherstellung der räumlichen Versorgung auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung entstehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen und anschließend

den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.085 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 14,0 Mio. abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio., so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 13,0 Mio. im Rahmen eines Nachtragshaushalts noch bereit zu stellen sind.

**mehrheitlich zugestimmt**

**12 Peter-Ustinov-Gesamtschule; hier: Außensportanlage. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zum Bau erforderlicher PKW-Stellplätze  
Vorlage: IX/0648**

**Protokoll:**

Herr Dr. Schwenzfeier-Brohm, Fraktion Bündnis 90/ die Grünen und Herr Schumacher, SPD-Fraktion, beantragen zur Sache, dass unter dem Sportplatz zum Schutz von Freiflächen und Bäumen eine Tiefgarage gebaut wird. Herr Dr. Schwenzfeier-Brohm führt zum Antrag aus, dass er eine Versiegelung von Flächen und Vernichtung von Baumbestand befürchte, die sich auch für kommende Generationen auswirken würde.

Herr Zimmermann erwidert, dass lt. Baumkataster 10.000 Bäume vorhanden seien. Erlaubt sei, um den Umfang des Bestandes aufrecht zu erhalten, das Fällen von 100 älteren Bäumen und das gleichzeitige aufforsten mit 100 jungen Bäumen. Dieser Umfang würde nachweislich durch die Pflanz- und Fäll-Listen (GIS) nicht ausgeschöpft und er widerspreche, dass Grün ausufernd vernichtet werde.

Der Antrag wird **mehrheitlich abgelehnt**.

**Beschlussempfehlung**

Für den Bau von 55 zusätzlichen Stellplätzen an der Peter-Ustinov-Gesamtschule stimmt der Rat der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 160.000 Euro im Haushaltsjahr 2016 zu.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Mündliche Mitteilungen**

**Protokoll:**

Mündliche Mitteilungen werden nicht gemacht.

## 14 Mündliche Anfragen

### Protokoll:

Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Dr. Schwenzfeier-Brohm teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Haupt- und Finanzausschuss bzw. im Rat einen Antrag für die Anschaffung von Materialien zur Beschulung von Flüchtlingskindern im Primarbereich in Höhe von 20.000,00 € stellen werde.

---

Lisa Pientak  
Ausschussvorsitzende

---

Petra Henn  
Schriftführerin